

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 063/10 vom 26. Februar 2010

Heike Franzen zur Diskussion in der Elternschaft über G8/G9: Das Problem ist die Umsetzung

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, hat heute (26. Februar) die Initiative des Landeselternbeirats der Gymnasien für einen „Schulterschluss“ aller Elterninitiativen begrüßt:

„Es ist wichtig, dass die Eltern eine gemeinsame Position formulieren. Ich teile dabei die Auffassung des Landeselternbeirates, dass die Probleme bei G 8 vor allem in der mangelhaften Umsetzung liegen“, erklärte Franzen.

Die Bildungspolitikerin stellte heraus, dass der Landeselternbeirat mit seinen von der Elternschaft über die Schulen und die Kreiselternbeiräte gewählten Vertretern die Eltern aller Gymnasialschüler in Schleswig-Holstein vertrete. „Der Elternbeirat hat unbestritten den besten Überblick über die Situation an den Schulen. Es ist auch mein Eindruck, dass G 8 an vielen Schulen bereits gut funktioniert. Allerdings verstehe ich auch, dass die Eltern der Kinder, wo dies noch nicht der Fall ist, ihre Sorgen deutlich artikulieren“, sagte Franzen.

Bei der Umsetzung von G8 und G9 gäbe es bisher noch ungeklärte Fragen von der Finanzierbarkeit über die Frage der Klassenwiederholung von G8 Schülern an umgestellten G9-Gymnasien, der Wahlfreiheit der Eltern im ländlichen Raum bis hin zur isolierten Stellung von Schleswig-Holsteins Abiturienten in Europa.

Franzen warnte jedoch davor, die in G 8 liegenden Chancen für die Kinder nicht zu nutzen: „Wir dürfen mit G9 nicht die Nachzügler aus „Schläfrig“-Holstein werden. In ganz Europa und in allen anderen deutschen Bundesländern wird G8 praktiziert“, stellte Franzen fest.

Erleichterungen für die Schüler bei G8 seien möglich! Die Koalitionspartner von CDU und FDP hätten sich auf eine geringere Unterrichtbelastung in der Orientierungsstufe, die Einführung von Intensivierungsstunden (Zwei Lehrer unterrichten eine Klasse = zählt für die Kinder als eine Unterrichtsstunde) und eine flexiblere Handhabung der Wahlpflichtbereiches verständigt. Franzen: „Dies sind erste wirksame Schritte in der Umsetzung des Koalitionsvertrages, um zu einer Entlastung der Kinder zu kommen. Das muss jetzt zügig umgesetzt werden, bevor wir die Beratungen über die Wiedereinführung von G 9 für das Schuljahr 2011/12 intensivieren.“

Franzen stellte abschließend klar, dass bis dahin alle Schüler nach dem geltenden Schulgesetz, also in das achtjährige Gymnasium eingeschult würden.